

**Vorlage für die Sitzung der
STÄDTISCHEN Deputation für Inneres
am 10.01.2018**

**Vorlage Nr.: 19/XX
zu TOP 5**

Übergriffe gegen Einsatzkräfte der Feuerwehr

Sachstandsbericht

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft die in der Überschrift genannte Anfrage an den Senat gestellt, die mit der Vorlage des Senator für Inneres vom 28.07.2017 in der Senatssitzung vom 15.08.2017 beantwortet wurde. Auf Grund dieser Antwort hat die Innendeputation darum gebeten im Januar 2018 einen kurzen Bericht über die seitdem angezeigten Vorfälle und das geplante Deeskalationstraining und Weiterbildungsangebot zu erhalten.

Im Jahr 2017 sind bis zum 30.11.2017 insgesamt 5 Vorfälle der Leitung der Feuerwehr Bremen angezeigt worden. Bei diesen Anzeigen handelt es sich u. a um Beleidigung, Bedrohung, einfache und gefährliche Körperverletzung. In allen Fällen wurde von den Geschädigten die Unterstützung durch die Dienststelle abgelehnt. In drei Fällen wurden die Sachverhalte von der Polizei aufgenommen.

Da keine Unterstützung durch die Dienststelle gewünscht war, sind die Vorgänge seitens der Feuerwehr Bremen für erledigt erklärt.

Während des geplanten Deeskalationstrainings- und Weiterbildungsangebots von Einsatzkräften sollen die Inhalte nach 3.3. der DGUV-Information 205-027 („Prävention von und Umgang mit Übergriffen auf Einsatzkräfte der Rettungsdienste und der Feuerwehr“ – Anlage 1) vermittelt werden. Die Durchführung des „Deeskalationstrainings“ setzt jedoch die Einrichtung eines eigenen Ausbilderstammes von 6 - 8 Beamten voraus, da der bestehende Fortbildungsbedarf mit Fremdkräften nicht abgedeckt werden kann. Die erforderliche Qualifikation der Ausbilder soll im Rahmen eines zweiwöchigen Lehrgangs unter Einbindung externer Dozenten erfolgen. Zurzeit fehlt noch ein erfahrener Dozent für den Themenbereich „Eigensicherung“, hierzu wurde Kontakt zu qualifizierten Trainern bei der JVA Bremen aufgenommen. Die Feuerwehr Bremen geht davon aus, dass im 2. Halbjahr 2018 mit der regelmäßigen Schulung des Einsatzpersonals begonnen werden kann, wobei ein Schwerpunkt auf der Laufbahnausbildung liegen wird.

Beschlussvorschlag

1. Die städtische Deputation für Inneres nimmt den Sachstandsbericht vom 21.12.2017 zur Kenntnis.